

GASTKOMMENTAR

Johann Niklaus Schneider-Amman

Die Schweiz darf gegenüber der EU nicht den Weg des geringsten Widerstands gehen

Die Schweiz würde mit den Bilateralen III sicherlich politische Ruhe im Umgang mit Europa finden. Doch das ist zu wenig angesichts des zu erwartenden Verlusts an Eigenständigkeit und direkter Demokratie.

13.10.2025, 05.30 Uhr ⌚ 6 min



Würde die Schweiz mit den Bilateralen III mehr gewinnen oder mehr verlieren? Darüber scheiden sich die Geister.

Gaëtan Bally / Keystone



Das bilaterale Vertragswerk mit der Europäischen Union hat sich mehr als bewährt. Und dabei ist zu betonen: Nicht nur für die Schweiz hat es sich gelohnt, sondern auch für die Länder der EU. Europa hat Interesse an einem gesund schlagenden Herzen in seiner Mitte. Heute mehr denn je. Im Interesse der Schweiz habe ich mich immer für tragfähige Beziehungen mit der EU eingesetzt und mich deshalb nie einer Weiterentwicklung der Bilateralen verschlossen.

Das vorliegende Resultat, die sogenannten Bilateralen III, stellt allerdings keine Fortsetzung des bewährten bilateralen Wegs dar. Dieses Paket enthält institutionelle Elemente, die staatspolitisch und demokratietheoretisch für die Schweiz zu weit gehen. Anders formuliert: Wir würden mit den Bilateralen III viel zu wenig erhalten für solch weitgehende Zugeständnisse an die EU, was die DNA der Schweiz und ihre demokratische Verfasstheit anbelangt.

Pflicht zur Übernahme des Unionsrechts

Es ist fundamental: Bei den Bilateralen I und II blieb – abgesehen von Schengen/Dublin – die Entscheidung, ob und wann EU-Recht in nationales Recht übergeführt wird, grundsätzlich bei der Schweiz. Die Bilateralen III kehren dieses Verhältnis um. Sie etablieren eine Pflicht zur Übernahme des sich fortentwickelnden Unionsrechts in den Marktzugangsabkommen.

Ob dies als «automatisch» oder «dynamisch» bezeichnet wird, ändert wenig: Die Schweiz bindet sich vertraglich an einen Rechtsbildungsprozess, bei welchem sie nicht mitentscheidet, sondern höchstens vorbereitend mitwirken darf. Die Schweiz kann im Rahmen des sogenannten Decision-Shaping ihre Meinung einbringen. Dass jedoch ihre Stimme als Drittstaat unter 27 EU-Mitgliedsstaaten gehört, geschweige denn berücksichtigt würde, ist zu bezweifeln. Vom Decision-Making ist sie ausgeschlossen.

Mit den Bilateralen III würde die Schweiz zentrale Funktionsmechanismen des EWR in verkleinerter Form übernehmen und damit einen Systemwechsel einleiten. Die Bilateralen III führen de facto in einen «Mini-EWR». Damit würde die Schweiz doch noch in das vielzitierte «Trainingslager für einen EU-Beitritt» eintreten.



Für die Schweiz stellt die dynamische Rechtsübernahme – also neue, zukünftige Erlasse übernehmen zu müssen – ein Problem dar. Keine eigenständige Demokratie und schon gar nicht unser direktdemokratischer, stark föderalistisch und subsidiär aufgebauter Staat kann einer solchen institutionalisierten Regel zustimmen. Man könnte nur zustimmen, wenn es eben gerade die Absicht wäre, den Bundesstaat in das übergeordnete Konstrukt – also in die EU – zu zwingen.

Nun wird gesagt, die dynamische Rechtsübernahme sei kein Problem, die Schweiz könne weiterhin frei darüber befinden, ob sie das dynamische EU-Recht übernehme oder nicht. Können Demokraten ernsthaft solches in die Welt setzen, wissend, dass der «freie Stimmbürger» Ausgleichsmassnahmen (Sanktionen) gewärtigen muss, wenn er Nein sagt? Es ist klar, dass das Referendumsrecht mehr als nur geritzt würde.

Überdies: So zu tun, als ob es sich da ausschliesslich um EU-Recht handelte, das die Menschen im Inland und die im Inland tätigen Unternehmen nicht beträfe, ist irreführend. Das neue Vertragswerk samt den endlosen Regelungen und Vorschriften auf der EU-Verordnungsstufe würde fundamental und bindend in ureigene schweizerische Angelegenheiten eingreifen, die wir bisher in der Schweiz aus guten Gründen selbst geregelt haben.

Problematisch zu bewerten ist nach wie vor das Streitbeilegungsverfahren. Ein Schiedsverfahren mag Zwischenschritte vorsehen, ändert aber am Ergebnis wenig, solange die massgebliche Rechtsquelle ausserhalb des schweizerischen Systems liegt. Das ist keine juristische Petitesse, sondern eine strukturelle Verlagerung der Rechtsautorität. Das letzte Wort hat gemäss den bundesrätlichen Vertragsvorschlägen der Europäische Gerichtshof (EuGH), dessen Urteile für das Schiedsgericht, das bei Uneinigkeit zwischen der Schweiz und der EU eingesetzt würde, bindend sind. Eine tatsächliche Unabhängigkeit des Schiedsgerichts ist so nicht gegeben.

Kein echter Mehrwert für die Schweiz



Ich fand es richtig, dass der Bundesrat die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen am 26. Mai 2021 abgebrochen hat. Seither hat er sich redlich Mühe gegeben, ein besseres Resultat auszuhandeln. Wollte man zu den Bilateralen III Ja sagen, müsste man auf der anderen Seite der Waagschale ganz viel Neues erhalten, einen echten Mehrwert für die Schweiz. Aussenpolitik ist schliesslich vor allem Interessenpolitik.

Die Bilanz ist allerdings ernüchternd, denn die Schweiz hat sich nur gerade den vorherigen Zustand (Status quo ante) zurückverhandelt. Einerseits nimmt die EU ihre Sanktionen zurück, etwa den Rauswurf aus Horizon, die Verweigerung von Updates bei der Medizinaltechnik oder die Nichtgewährung der Börsenäquivalenz. Hinzu kommen Garantien beim Lohnschutz (die den Schweizer Gewerkschaften wohlgerne nicht genügen) und eine prozedurale (wichtig: keine inhaltliche) Verbesserung bei der Schutzklausel im Personenfreizügigkeitsabkommen.

Man mag nun einwenden, es gebe doch neu ein Strom- und ein Gesundheitsabkommen. Ja – aber in beiden Bereichen liegt es im grösseren Interesse von Brüssel, Integrationsabkommen zu schliessen. Beide Abkommen bringen der Schweiz nicht sehr viele Vorteile, jedoch Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit. Diese ist in den geopolitisch unsicheren Zeiten gerade im Energiebereich sehr wesentlich.

Zugegeben: Für Wirtschaftsvertreter ist es nicht eben einfach. Es heisst, eine Partei der Wirtschaft könne gar nicht anders, als Ja zu sagen zu den Bilateralen III. Als Unternehmer, der aus der Schweiz heraus international erfolgreich tätig ist, ist es mir ein Anliegen, einige Dinge in Erinnerung zu rufen. Es gibt eine kurzfristige und es gibt eine langfristige Perspektive, sowohl auf die Führung eines Unternehmens als auch auf den Standort Schweiz.

Unserem Land war in beiden Bereichen immer die langfristige Perspektive zuträglich. So schafft die langfristige Übernahme von Verantwortung in einem Unternehmen erst das so fundamentale Vertrauen, das es zwischen «der Wirtschaft» und «der Gesellschaft» braucht, mit allen positiven Werten, die daraus entstehen, zum Beispiel einer funktionierenden Sozialpartnerschaft.

Diese ureigene, positive Schweizer Mentalität gilt es unbedingt zu bewahren – ich möchte dieses einzigartige System nicht durch eine Europäisierung unseres sozialpartnerschaftlichen Mindsets bedroht sehen.

Die langfristige Perspektive

Was ist unter der langfristigen Perspektive für den Standort Schweiz zu verstehen? Das schweizerische Erfolgsmodell beruht in erheblichem Masse auf föderaler Aufgabenteilung, auf Subsidiarität und einer politischen Kultur, die nicht jede Kontroverse verrechtlicht, auf direktdemokratischer Rückbindung, auf moderater Regulierung, tiefen Steuern, einem flexiblen Arbeitsmarkt, exzellenter Bildung und auf einem funktionierenden Sozialstaat.

Diese Elemente bilden ein zusammenhängendes Gefüge: Sie sichern Akzeptanz, Innovationsfähigkeit und sozialen Frieden. Mit den nun vorliegenden Bilateralen III würde die Schweiz eine Gegenrichtung einschlagen: mehr Zentralismus, weniger Föderalismus und Subsidiarität. Viel mehr Regulierung, viel weniger unternehmerische Freiheit. Mehr Delegation von rechtlichen und politischen Entscheidungen, weniger Eigenständigkeit und Direktdemokratie.

Die FDP hat diesen Staat mit aufgebaut und nimmt hierzu programmatisch klare Positionen ein. Sie plädiert für tiefere Steuern und will internationalen Druck auf das Steuersystem abwehren. Sie fordert weniger Bürokratie, eine Regulierungsbremse. Sie will den staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben bekämpfen. Sie will weniger Zentralismus und mehr Föderalismus, eine einfachere Lohnadministration. Grundsätzlich: Die FDP will Angriffe auf die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz abwehren und die politische Eigenständigkeit der Schweiz wahren. Wie kann man dann für Verträge sein, die das Gegenteil all dessen mit sich bringen werden?

In das «Kapitel kurz- und langfristiges Denken» gehören auch Überlegungen über die aktuelle Geopolitik und das neue, von der gegenwärtigen US-Administration geschaffene Zollumfeld. Strategische Grundsatzentscheidungen wie die Zustimmung zu den Bilateralen III sollten nie aus temporären Unsicherheiten abgeleitet werden. Handelsregime, Zölle und globale

Konjunkturen verändern sich; institutionelle Bindungen wirken fort und sind nur ganz schwer wieder aufzulösen. Wer heute aus taktischen Erwägungen Handlungsspielräume abtritt, verfügt morgen über weniger Optionen, wenn sich die Lage dreht.

Gewiss würde die Schweiz mit den Bilateralen III etwas gewinnen: politische Ruhe im Umgang mit Europa. Doch das ist zu wenig, als dass man diesen Verträgen zustimmen könnte. Für etwas Ruhe sind die systemischen Kosten zu gross. Die Schweiz darf nicht den Weg des geringsten Widerstands gehen. Die eigenen Stärken zu bewahren, erfordert manchmal, sich unbeliebt zu machen. Diesen Mut müssen wir aufbringen.

Johann Niklaus Schneider-Ammann war von 2010 bis 2018 Bundesrat (FDP) und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung.



14 Kommentare

Margot Helmers vor 1 Stunde

[3 Empfehlungen](#)

Genau so ist es !!! Was ich bei der ganzen Diskussion vermisse ist der wirtschaftliche Zustand und die Schulden der EU-Länder. Gerade heute ist, schon wieder, ein Artikel in der Welt von unserem wichtigsten Handelspartner der EU in der Welt: "Zahl der Insolvenzen steigt drastisch – besonders zwei Branchen betroffen". Derzeit ist die explizite Staatsverschuldung von Frankreich in allen Medien zu lesen, aber auch in Deutschland tickt eine gewaltige Bombe: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/die-deutschen-staatsschulden-sind-hoehere-als-offiziell-bekannt-das-hat-dramatische-folgen-fuer-den-sozialstaat-ld.1899712> Deutschland ist mit grossen Abstand der wichtigste EU-Beitragszahler und die wirtschaftliche Lokomotive der EU.

Werner Wüthrich vor 2 Stunden

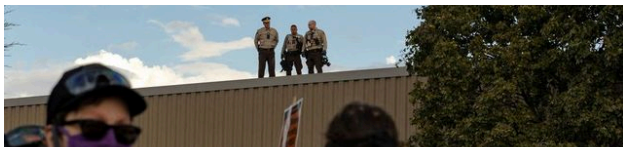
[7 Empfehlungen](#)

Ein grossartiger Kommentar von alt Bundesrat Schneider-Ammann! Wie er hinweist, ist mit unserem einzigartigen politischen System auch die Art verbunden, wie wir unsere KMU führen und die Sozialpartnerschaft einrichten. Mit der Unterordnung unter das EU-Regelwerk würde das Ganze ins Wanken kommen. Es wäre unserem Land zu wünschen, dass wir von den heutigen Bundesräten ebenfalls ein Bekenntnis zur Schweiz hören würden.

Alle Kommentare anzeigen

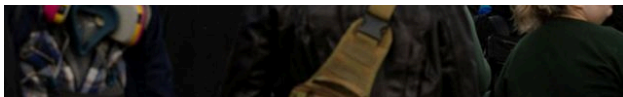


Für Sie empfohlen >



☰ Startseite > Meinung

NZZ



Chicago sei ausser Kontrolle, sagt Trump. Er habe die Stadt in ein Kriegsgebiet verwandelt, heisst es in den Medien. Wie dramatisch ist die Lage...

Andreas Scheiner, Chicago 11.10.2025 7 min



«Ruf an, wenn ihr wach seid»: Das ist die letzte Nachricht von Julijana an ihren Ex-Mann. Chronik eines angekündigten Femizids

Claudia Rey, Giorgio Scherrer, Fabian Baumgartner (Text), Karin Hofer (Bilder) 11.10.2025 25 min



«Enthauptungen und Gliedmassen abschneiden usw.» – Auf einer neuen Website zeigt Israels Regierung die Greuel des Hamas-Massakers

Jonas Roth 11.10.2025 5 min



INTERVIEW

Müssen wir uns künftig dafür rechtfertigen, wenn wir mit 50 aussehen wie 50? «Ja», sagt Professorin Ada Borkenhagen

Florian Schoop (Text), Esthy Baumann-Rüdiger (Text), Simon Tanner (Illustrationen) 11.10.2025 15 min





Ein abgewiesener Asylbewerber taucht unter, wird kriminell und narrt die Behörden während Jahren. Dann taucht die grosse Liebe auf

Sebastian Briellmann, Daniel Gerny 11.10.2025 7 min



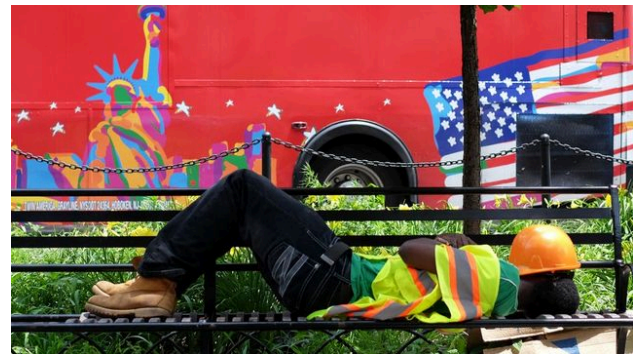
Donald Trump kündigt neue Strafzölle von 100 Prozent gegen China an

Katrin Büchenbacher, André Müller, New York 10.10.2025 5 min



Venezuelas Stimme der Freiheit: Wer ist die Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado?

Alexander Busch, Salvador 10.10.2025 6 min



«In Europa sind Arbeitskräfte 10 bis 15 Prozent produktiver»: Die amerikanischen Blue-Collar-Worker sind schlechter als ihr Ruf

Thomas Schlittler 11.10.2025 6 min

Mehr zum Thema EU >



Von der Leyen übersteht weitere Misstrauensvoten

09.10.2025 3 min





KOMMENTAR

von Antonio Fumagalli, Brüssel

Gut, sind die Misstrauensanträge gegen von der Leyen gescheitert – aber Kritik an der EU-Kommissions-Chefin ist berechtigt

09.10.2025 3 min



EU-Verträge: Viele Kantone winden sich beim Ständemehr

Katharina Fontana 09.10.2025 5 min



Ohne künstliche Intelligenz soll bei Europas Firmen nichts mehr gehen – dafür will die EU Milliarden ausgeben

Daniel Imwinkelried, Brüssel 08.10.2025 3 min



Laubbläser-Verbot-Verbot in der EU? Die Abschaffung der lärmigen Maschinen in Zürich wirbelt vieles durcheinander – von Deutschland bis China

Robin Schwarzenbach 10.10.2025 3 min



KOMMENTAR

von Daniel Imwinkelried

Veggie oder Fleisch? Geht es um die Wurst, vergessen Politiker den vielbeschworenen Bürokratieabbau

10.10.2025 3 min

Weitere Themen



Artikel von NZZ Bellevue



SPONSORED CONTENT

Genusskultur Schweiz: Wo Natur auf Handwerk trifft

NZZ Content Creation vor 12 Stunden 1 min



«Wir laden dazu ein, auch einmal aus der Komfortzone auszubrechen» – die Organisatoren des Design-Preises Schweiz setzen auf ein neues Format

Lea Hagmann vor 6 Stunden 1 min



Diane Keaton war eine eigenwillige Stilikone, die Trends setzte

Kerstin Netsch und Lea Hagmann 12.10.2025 1 min



SPONSORED CONTENT

Fliessend durch den Advent

NZZ Content Creation vor 12 Stunden 1 min





Das Kulinarik-Projekt Food Lab lockt mit bekannten Köpfen aus der Gastroszene – und weitere Dinge, die das Leben bereichern

Sonja Siegenthaler 12.10.2025 1 min



SPONSORED CONTENT

Italiens geheime Schöne

NZZ Content Creation vor 12 Stunden 1 min

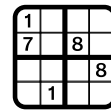
Kostenlose Onlinespiele →



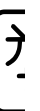
Solitär



Kreuzworträtsel



Sudoku



Mahjong

[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.

